STELLUNGNAHMEN

AUSSCHUSS DER REGIONEN

94. PLENARTAGUNG AM 15. UND 16. FEBRUAR 2012

Stellungnahme des Ausschusses der Regionen: „Ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem“

(2012/C 113/03)

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- begrüßt die Vorlage eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem in der EU, wie es der AdR in seinem Arbeitsprogramm 2011 gefordert hatte;
- bewertet die Errichtung eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems zudem als einen weiteren wichtigen Schritt zur dringend notwendigen Wiederherstellung der Prärogative demokratischer Politik über die schwerwiegenden Missstände hinsichtlich der Funktionsweise der Finanzmärkte;
- hebt hervor, dass die Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Instrument ist, um die Beteiligung des Finanzsektors an den Bemühungen für mehr Solidarität und Gerechtigkeit sicherzustellen sowie die Spekulation einzudämmen, wie es der AdR in seiner Stellungnahme zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 zum Ausdruck gebracht hat;
- unterstützt die Zielsetzung einer unionsweiten Geltung der angestrebten Harmonisierung und fordert für den Fall, dass dies trotz aller Bemühungen nicht durchsetzbar sein sollte, die Errichtung eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems umgehend über das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit anzustreben, die möglichst mindestens die Eurozone umfassen sollte.

Berichterstatter	Ralf CHRISTOFFERS (DE/SPE), Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg
Referenzdokument	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem und zur Änderung der Richtlinie 2008/7/EG COM(2011) 594 final

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Allgemeine Botschaft

1. begrüßt die Vorlage eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem in der EU, wie es der AdR in seinem Arbeitsprogramm 2011 gefordert hatte;

2. sieht darin ein starkes politisches Signal für den Willen und die Fähigkeit der Europäischen Union, den Herausforderungen eines globalisierten Finanzmarkts gerecht zu werden und die Potenziale der nationalen Volkswirtschaften zum Wohle der Mitgliedstaaten wie der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in vollem Umfang und nachhaltig zu stärken;

3. bewertet die Errichtung eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems zudem als einen weiteren wichtigen Schritt zur dringend notwendigen Wiederherstellung der Prärogative demokratischer Politik über die schwerwiegenden Missstände hinsichtlich der Funktionsweise der Finanzmärkte;

4. hebt hervor, dass die Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Instrument ist, um die Beteiligung des Finanzsektors an den Bemühungen für mehr Solidarität und Gerechtigkeit sicherzustellen sowie die Spekulation einzudämmen, wie es der AdR in seiner Stellungnahme zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 zum Ausdruck gebracht hat;

5. verweist auf die im September 2011 veröffentlichte Folgenabschätzung der Europäischen Kommission und die hochgradig ungenauen dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodelle (DSGE Models), die darin angewendet wurden; betont, dass die Kommission in ihrer Folgenabschätzung keine klaren Schlussfolgerungen zieht, sondern den Diskurs vage und unentschieden hält und mehrere Optionen offen lässt; kommt zu dem Schluss, dass die Folgenabschätzung der Kommission einseitig und unpräzise ist; begrüßt die Bekundung der Kommission, eine neue Folgenabschätzung durchzuführen;

6. weist auf die offensichtlichen Mängel des Stempelgebührensystems im Vereinigten Königreich hin, insbesondere in Bezug auf den Schutz des Systems vor der räumlichen Verlagerung der Transaktionen sowie auf den starken Anreiz für eine Verlagerung hin zu Derivaten;

Allgemeiner rechtlicher Rahmen

7. ist wie die Kommission der Auffassung, dass angesichts der Vielzahl unkoordinierter einzelstaatlicher Steuermaßnahmen eine Harmonisierung dieses Bereiches erforderlich ist, um einer

Zersplitterung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen vorzubeugen, und damit notwendig ist für das Funktionieren des Binnenmarktes in diesem Bereich und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen;

8. begrüßt das Herangehen der Kommission, die Harmonisierung in der Weise herbeizuführen,

— dass die Finanzinstitute sowohl im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen als auch im Hinblick auf die Kosten der jüngsten Krise angemessen besteuert werden, und

— dass steuerliche Anreize geschaffen werden, dass gesamtwirtschaftlich unerwünschte Transaktionen von den Finanzmarktteilnehmern unterbleiben, und dadurch ein Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Krisen geleistet wird;

9. unterstützt die Zielsetzung einer unionsweiten Geltung der angestrebten Harmonisierung und fordert für den Fall, dass dies trotz aller Bemühungen nicht durchsetzbar sein sollte, die Errichtung eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems umgehend über das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit anzustreben, die möglichst mindestens die Eurozone umfassen sollte;

10. mahnt angesichts der außerordentlichen Dringlichkeit der Einführung eines gemeinsamen europäischen Finanztransaktionssteuersystems die gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, sich bei aller gebotenen strengen Sorgfalt mit größter politischer Verantwortung für den zügigen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens einzusetzen;

11. begrüßt, dass durch eine regelmäßige Berichtspflicht der Kommission über die Anwendung der Richtlinie diese einem fortlaufenden, strukturierten Überprüfungsverfahren unterworfen wird; bedauert in diesem Zusammenhang, dass diese Berichtspflicht nur gegenüber dem Rat bestehen soll, da diese Beschränkung in Widerspruch steht zur parlamentarischen Flankierung des für die Richtlinie anzuwendenden Gesetzgebungsverfahrens, die durch den Rat mit Beteiligung des Europäischen Parlaments erlassen wird; sieht in dieser Beschränkung zudem eine Unterbewertung der Rolle des Ausschusses der Regionen als der Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union und des Wirtschafts- und Sozialausschusses, deren vertragliche Hauptaufgabe es ist, die gesetzgebenden Organe beratend zu unterstützen;

12. weist auf die Notwendigkeit hin, auch die möglichen Auswirkungen der Einführung des gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems auf die Steuereinnahmen der Kommunen und Regionen zielgerichtet in den Blick zu nehmen;

Gegenstand und Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteuer

13. unterstützt die Anknüpfung der Steuerpflicht an die Ansässigkeit des Finanzinstituts; dieser Regelungsansatz reduziert die Möglichkeiten der Steuerumgehung und reflektiert besser die Verflechtungen zwischen den Finanzmärkten und der Realwirtschaft, als dies bei einer Anknüpfung der Steuerpflicht an den Transaktionsort der Fall wäre; weist auf die Notwendigkeit hin, darüber hinaus Regelungen vorzusehen, um auch Steuerumgehungen durch Sitzverlagerungen oder Ausgründungen zu verhindern oder einzudämmen;

14. regt an, die Begriffe "Finanzinstitute" und "Finanzinstrumente" genau zu definieren;

15. unterstützt den breiten Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteuer, der sich grundsätzlich auf alle Transaktionen mit Finanzinstrumenten aller Art, einschließlich möglicher Substitute und einschließlich möglicher Transaktionen im Freiverkehr, erstreckt;

16. unterstützt, dass Primärmarkttransaktionen von der Finanztransaktionssteuer ausgeklammert werden, da dadurch ungewollte Auswirkungen der Steuer auf die Realwirtschaft verringert werden; bedauert zugleich, dass nicht auch Sekundärmarktgeschäfte der öffentlichen Hand ausgenommen werden, da dies angesichts der Tatsache, dass die öffentliche Hand im Interesse einer wirtschaftlichen Haushaltsführung auch auf Finanzinstrumente an den Sekundärmärkten zurückgreifen muss, haushaltspolitisch geboten erscheint;

17. bedauert, dass nicht alle Arten von Währungstransaktionen der Finanztransaktionssteuer unterliegen sollen, da damit ein beträchtliches Einnahmepotenzial sowie ein wichtiger regulatorischer Effekt verloren gehen; ist insbesondere der Auffassung, dass die Besteuerung von Devisentransaktionen im Rahmen einer umfassenden Finanztransaktionssteuer nicht gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstößt, da die Finanztransaktionssteuer aufgrund ihres breiten Anwendungsbereiches den Devisenhandel gerade nicht in seiner grenzüberschreitenden Spezifik treffen würde, sondern lediglich in seiner Eigenschaft als Finanztransaktion wie jede andere Finanztransaktion auch;

18. ist der Ansicht, dass die ausschließlich den öffentlichen Sektor finanzierenden Sonderkreditanstalten von der Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden sollten;

Bemessungsgrundlage sowie Struktur und Höhe der Steuersätze der Finanztransaktionssteuer

19. begrüßt grundsätzlich die vorgeschlagene Herangehensweise zur Bestimmung der Steuerbemessungsgrundlage, einschließlich der Festlegung des Nominalbetrages als Bemessungsgrundlage für Derivate; sieht jedoch zugleich noch Klarstellungsbedarf, insbesondere wie der realen Gefahr bei komplexen Derivaten, den Nominalbetrag künstlich zu reduzieren, begegnet werden soll;

20. begrüßt die Festlegung der Steuersätze als Mindestsätze, die es den Mitgliedstaaten erlauben, darüber hinaus zu gehen, da dies in besonderem Maße den Subsidiaritätsgedanken zum Ausdruck bringt; mahnt jedoch zugleich an, bei der Anwendung der Richtlinie genau zu prüfen, ob höhere Steuersätze der Mitglied-

staaten nicht doch jenen schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten hervorrufen, der durch die Richtlinie gerade verhindert werden soll;

21. weist auf die Notwendigkeit hin, alle der Besteuerung unterfallenden Finanzinstrumente in vollem Umfang materiell gleich zu behandeln, wobei tatsächlich bestehende Unterschiede zu berücksichtigen wären, um ungewollte Ausweichanreize zu vermeiden und dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit hinreichend Rechnung zu tragen; mahnt deshalb an, insbesondere unter diesem Aspekt die Steuersätze für Aktien und Anleihen sowie für Derivate erneut zu überprüfen;

Entrichtung der Finanztransaktionssteuer

22. sieht die Übertragung der Befugnis an die Kommission gemäß Artikel 290 AEUV, delegierte Rechtsakte zur Festlegung der von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen zur Verhinderung der Steuerhinterziehung, der Steuerumgehung und des Missbrauchs zu erlassen, kritisch; solche Maßnahmen zur Sicherung des effektiven Richtlinienvollzugs fallen grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Mitgliedstaaten, die gemäß Artikel 291 Absatz 1 AEUV alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung eines europäischen Rechtsaktes zu ergreifen haben, und nur sofern es hierfür einheitlicher Durchführungsbedingungen bedürfen sollte, wäre eine entsprechende Befugnisübertragung an die Kommission erlaubt, wobei allerdings der Erlass von Durchführungsrechtsakten gemäß Artikel 291 AEUV das vertraglich vorgesehene Instrument wäre; Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere solche, die die strafrechtliche Ahndung betreffen, müssen jedoch in weiten Teilen den Mitgliedstaaten vollständig überlassen bleiben;

23. betont, dass die Notwendigkeit und Effizienz der von der Kommission im Wege der Befugnisübertragung erlassenen Maßnahmen ebenfalls zwingender Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung der Kommission zur Anwendung der Richtlinie sein sollten;

Verwendung des Aufkommens der Finanztransaktionssteuer

24. plädiert bereits jetzt dafür, die Finanztransaktionssteuer als neue Kategorie dem System der Eigenmittel der Union hinzuzufügen und die Einnahmen daraus zwischen der Union und den Steuer erhebenden Mitgliedstaaten nach einem bestimmten Verhältnis aufzuteilen, wodurch entsprechend der Höhe der Einnahmen der Union in dieser Kategorie die Beiträge der Mitgliedstaaten im System der Eigenmittel reduziert werden könnten;

Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen

25. sieht die Notwendigkeit einer über die Errichtung eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems hinausgehenden Neuausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft in der EU in Form einer umfassenden Finanzmarktreform, durch die den etwaigen negativen Einflüssen der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft entgegengewirkt werden kann;

26. hält es deshalb für ratsam, die von einem Finanztransaktionssteuersystem generierten Daten auf angemessene Weise zusammenzutragen und zu verarbeiten;

27. ist davon überzeugt, dass, um den Herausforderungen eines funktionierenden Binnenmarktes und einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung gerecht zu werden, weitere Maßnahmen dringend erforderlich sind, die über den finanzpolitischen Bereich hinaus gehen und von einer deutlichen Stärkung der europäischen Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken bis hin zur institutionellen Verankerung einer effektiven und hinreichend demokratisch legitimierten Wirtschaftssteuerung auf europäischer Ebene reichen;

28. ist der Auffassung, dass über den europäischen Ansatz hinaus ein weltweit abgestimmtes Handeln erforderlich ist und fordert deshalb die EU und die Mitgliedstaaten auf, sich auf internationaler Ebene in den Außenbeziehungen gegenüber Drittstaaten für eine Reform der Finanzmarktregelungen, namentlich bei allen G20-Staaten für eine umfassende Besteuerung von Finanztransaktionen, einzusetzen.

II. ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Änderungsvorschlag 1

Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe (d)

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschlag des AdR
(d) Transaktionen mit den Zentralbanken der Mitgliedstaaten.	(d) Transaktionen mit <u>den Mitgliedstaaten</u> , den Zentralbanken der Mitgliedstaaten, <u>den regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften, anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Mitgliedstaaten oder sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts.</u>

Änderungsvorschlag 2

Artikel 16

Kommissionsvorschlag	Änderungsvorschlag des AdR
Die Kommission unterbreitet dem Rat erstmals bis zum 31. Dezember 2016 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie und gegebenenfalls einen Vorschlag zu ihrer Änderung.	Die Kommission unterbreitet <u>dem Europäischen Parlament und dem Rat</u> erstmals bis zum 31. Dezember 2016 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie und gegebenenfalls einen Vorschlag zu ihrer Änderung. <u>Sie gibt diesen Bericht dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen zur Kenntnis.</u>
In diesem Bericht überprüft die Kommission mindestens die Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes, die Finanzmärkte und die Realwirtschaft und berücksichtigt die Fortschritte bei der Besteuerung des Finanzsektors im internationalen Kontext.	In diesem Bericht überprüft die Kommission mindestens die Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes, die Finanzmärkte und die Realwirtschaft und berücksichtigt die Fortschritte bei der Besteuerung des Finanzsektors im internationalen Kontext. <u>Sie nimmt zudem eine Evaluierung der von ihr im Wege der Befugnisübertragung zum Zwecke der einheitlichen Durchführung der Richtlinie erlassenen Maßnahmen vor.</u>

Brüssel, den 15. Februar 2012

Die Präsidentin
des Ausschusses der Regionen
Mercedes BRESSO